

DAS THEMA: DIE FINANZKRISE

Der Wirtschaftskollaps kommt zwangsläufig

Die **Bankenkrise** ist Ausdruck einer „massiven Verwerfung im Gefüge der Volkswirtschaft“, meint der Geldtheoretiker Harald Wozniowski

VON GERALD EIMER

Frankfurt. Überforderte Banker, ratlose Politiker, verzweifelte Anleger – die weltweite Finanzkrise offenbart Schwächen, die die Menschheit seit der letzten großen Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren verdrängt hat. Selbst Optimisten, die noch vor Monaten an ein baldiges Ende der Krise glaubten, müssen inzwischen erkennen, dass es wohl doch um mehr geht als um einen zyklusbedingten Konjunkturreinbruch oder die Auswirkungen der Zahlungsunfähigkeit einzelner Großbanken.

Von einer „massiven Verwerfung im Gefüge der Volkswirtschaft“ spricht der Frankfurter Fachanwalt für Bank- und Börsenrecht Harald Wozniowski, der sich seit Jahren mit einem Phänomen beschäftigt, das in der öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle spielt, inzwischen aber an Bedeutung gewinnt und zunehmend auch andere Autoren beschäftigt: Wozniowski befasst sich mit der Entwicklung des Geldes, analysiert die Geldvermehrung, verfolgt den Fluss der Geldströme und untersucht die Geldverteilung in den Volkswirtschaften.

Moderner Feudalismus

Die aktuelle Krise, in der vor allem amerikanische Banken massenhaft Kreditforderungen abschreiben müssen und selber nicht mehr die Einlagen ihrer Kunden zurückzahlen können, ist für ihn beinahe folgerichtig. Denn anders, als es Volkswirte, Politiker oder Medien vielfach verbreiten, könne die Bankenkrise nicht etwa auf eine leichtfertige oder hochrisikante Kreditvergabe zurückgeführt werden. Sie sei vielmehr Folge einer Entwicklung, in der breiten Schichten Geld entzogen und wenigen Superreichen zugeführt wurde. Längst befänden sich die meisten Volkswirtschaften wieder



Geldmarkt aus den Fugen: Was Börsianer und Banker verzweifeln lässt, ist für den Querdenker Harald Wozniowski die logische Folge des modernen Feudalismus.

Foto: stock/IP3press

in einem Stadium des modernen Feudalismus, behauptet er.

Spätestens an dieser Stelle gerät Wozniowski in den Verdacht, Oskar Lafontaines Stichwortgeber zu sein. Doch weit gefehlt: Weder fordert er die Verstaatlichung von Banken, noch befürwortet er staatliche Konjunkturprogramme. Denn das Geld, das in die breite

Bevölkerung gestreut würde, würde schon am nächsten Tag in den Kassen der modernen Feudalherren landen, von dort aber nicht in die Volkswirtschaft zurückfließen.

Genau dort verortet Wozniowski das Grundproblem: In immer rasanterer Geschwindigkeit hätten sich gigantische Geldmengen in den Händen weniger Superreicher

angesammelt – statistisch nachweisbar, und in der Entwicklung auch vorhersehbar. Dort aber werde es einem Großteil der Gesellschaft entzogen. Und zwar nicht nur dem unteren Drittel, von dem auch Wirtschaftsprofessoren sprechen, sondern ebenso der Mittelschicht, vielen Unternehmen und den Staaten selbst.

Deren Finanzminister versuchen soeben mit dreistelligen Milliardenbeträgen zu retten, was zu retten ist. Aussichtslos, meint Wozniowski, der darauf aufmerksam macht, dass die meisten Volkswirtschaften dieser Welt auf einer stetig wachsenden Verschuldung von privaten und öffentlichen Haushalten gründen. Beabsichtigt sei das nicht, es finde aber dennoch statt und sei ein im Grunde nachvollziehbarer ökonomischer Vorgang.

Immense Vermögen

Die Zahl der Schuldner wächst, ihre Schulden ebenso – die Zahl der Gläubiger ist sehr klein, ihre Forderungen sind dafür umso größer. Die wenigen Erfolgreichen häufen demnach kaum noch überblickbare Vermögen auf.

Laut German Wealth Report sollen alleine in Deutschland knapp 6700 Superreiche mehr als ein Viertel des gesamten deutschen Vermögens besitzen. An der Spitze stehen laut Forbes-Magazine die beiden Albrecht-Brüder Karl und Theo (Aldi), Michael Otto (Otto-Versand), Susanne Klatten (BMW,

Altana) und Adolf Merckle (Ratiopharm), die gemeinsam über ein Vermögen von mehr als 90 Milliarden Dollar verfügen sollen.

Wozniowski weist auf den fatalen Effekt hin, dass eine Volkswirtschaft zwangsläufig auf einen Kollaps zusteuere, in der die Reichen immer reicher werden, neues Geld aber nicht im gleichen Maße ge-

fordert, um gegenzusteuern.

Wozniowski schlägt eine andere Therapie vor: Das gewinnbringende Vermögen müsse gedeckelt werden. Er denkt dabei aus Sicht der Normalsterblichen durchaus großzügig und gesteht in einer ersten Überlegung den Erfolgreichen ein Vermögen von 50 Millionen Euro zu. Alles, was diese Grenze übersteigt, müsse verkauft werden. Auf diese Weise käme gehortetes Geld wieder in Umlauf, die Zahl der Wettbewerber werde wieder größer. Dass es dabei weiterhin große Einkommensunterschiede gebe, sei hinnehmbar und für eine Volkswirtschaft auch gut verkraftbar.

Gerne bezieht sich Wozniowski bei diesen Überlegungen auf Ludwig Erhard und dessen Konzept „Wohlstand für alle“. Der ehemalige CDU-Bundeswirtschaftsminister und Vater der Währungsreform habe bereits erkannt, dass Superreiche, Kartelle und Monopole verhindert werden müssten und eine breitgeschichtete Massenkauflage Voraussetzung für ein stabiles Wirtschaftssystem sei.

Veröffentlichungen

Harald Wozniowski: „Wie der Nil in der Wüste – Der moderne Feudalismus in Deutschland.“ Books on Demand, ISBN 978-3-8334-9717-9, 208 Seiten, 24 Euro.

Nachzulesen sind viele Auszüge auch im Internet: www.dr-wo.de. Dort auch seine aktuellen Aufsätze zur Finanzkrise und zur Abgeltungssteuer.

NACHGEFRAGT

„Wir brauchen andere Spielregeln“



► HARALD WOZNIOWSKI
Anwalt für Banken- und Börsenrecht

Sie warnen seit Jahren davor, dass unser Wirtschaftssystem tendenziell dem Kollaps näherkommt. Die jetzige Wirtschaftslage scheint Ihnen Recht zu geben. Tun es die Wirtschaftsexperten auch?

Wozniowski: Von denen werde ich doch gar nicht wahrgenommen. Einige wenige Interessierte finden mich im Internet und sehen mich als Hobbyökonom. Ich habe mal ein Gespräch mit dem früheren Daimler-Chef Edward Reuter gehabt, der meine Thesen völlig richtig findet. Das Problem aber war auch aus seiner Sicht, damit in die Öffentlichkeit zu kommen. Er hat mir leider nicht geholfen.

Ihr wichtigstes Buch heißt „Wie

der Nil in der Wüste“. Sind Sie ein Rufer in der Wüste?

Wozniowski: In meinem Buch entspricht die Wüste ja der breiten Bevölkerung. Von der werde ich aber gerade nicht gehört. Ich habe keine großen Möglichkeiten, Werbung für meine Überlegungen zu machen. Auch die Zeitungen hüllen sich weitgehend in Schweigen. Ich weiß nicht, woran es liegt. Vielleicht, weil sich meine Aussagen gegen die Superreichen richten, und vor denen wird gekuschelt.

Sie mussten Ihr Buch im Selbstverlag veröffentlichen. Hält man Ihre Thesen für Spinnererei oder für zu gefährlich?

Wozniowski: Wahrscheinlich beides. Wer oberflächlich liest, wird es auf den ersten Blick vielleicht für ein kommunistisches Werk halten und als Spinnererei abtun. Das Problem ist, dass bei uns nur in den beiden Schubladen Sozialismus oder Kapitalismus gedacht wird. Mein Versuch, eine dritte Schublade zu instal-

lieren, hat sich noch nicht durchgesetzt. Ich bin guter Hoffnung, dass es noch kommt. Inzwischen sind ja auch weitere Bücher über die Neo-Feudalisierung erschienen.

Ihre wichtigste These lautet, dass das Vermögen der Superreichen gedeckelt werden müsse. Sehen Sie sich damit nicht als Vordenker der Linken?

Wozniowski: Nein, überhaupt nicht. Ich fordere ja keine Enteignung, sondern eine Eigentumsbeschränkung. Der Staat sollte dafür sorgen, dass überschüssiges Vermögen wieder in der Bevölkerung verteilt wird. Selbst Friedrich Merz sagt, dass mehr Unternehmerkapital in die breite Bevölkerung fließen muss. Unsere jetzige Volkswirtschaft funktioniert wie Monopoly, wir müssen die Spielregeln ändern, damit nicht einer alles anhäuft und alle anderen pleite gehen. Ich glaube, diesen Gedanken könnten durchaus auch die Unionsparteien aufgreifen. (gei)

Wirtschaftskrise lässt Billigläden blühen

Die Gruppe derjenigen, die sich in Deutschland nichts mehr leisten kann, wird größer

VON MAREN MARTELL

Berlin. Die Läden sind oft trist, die Waren einfach nur billig. Vom Brillenetui bis zur Klobürste kosten sie oft nur einen Euro. Zielgruppe sind „alle, die sparen müssen und alle, die sparen wollen“. Diese EuroShops, Resterampen, Mäc-Geiz-Läden oder Textildiscounter wie Kik und Takko sind in den Innenstädten schon länger auf dem Vormarsch, oft sogar in guten Lagen.

In Zeiten schwächelnder Konjunktur und flauer Konsumstimmung gewinnen sie zunehmend Kunden. „Die Gruppe derjenigen, die sich in Deutschland nichts mehr leisten kann, wächst“, be-

obachten Handlungsexperten und sprechen sogar von einer dramatischen Entwicklung.

„Diese Läden gedeihen dort, wo die jungen und gut ausgebildeten Menschen abwandern, weil sie keine Perspektive mehr sehen“, betont Wolfgang Twardawa vom Marktforschungsinstitut GfK. Im vergangenen Jahr habe schon ein Viertel der Deutschen (26 Prozent) angegeben, sie könnten sich nichts mehr leisten. Sechs Jahre davor waren es noch 19 Prozent. Für dieses Jahr fürchtet Twardawa eine „Verschärfung“ des Abwärtstrends.

Der Mittelstand schmelze immer mehr ab. Die Zahl der Geringverdiener in Zeitarbeit und Mini-

jobs steigt stetig weiter an. „Und die können keine großen Sprünge bei den Ausgaben machen“, sagt Twardawa.

Nicht nur die Filialen der Billiganbieter sowie Lebensmitteldiscounter wie Lidl oder Aldi werden immer zahlreicher. Auch in den Möbel-, Haushaltswaren- und Elektronikmärkten bekommt das Niedrigpreissegment zunehmend mehr Gewicht.

„Die vor uns liegende Zeit ist die perfekte Zeit für Discounter“, betont Tengelmann-Chef Karl-Erivan Haub. Profitieren könne von der neuen Sparsamkeit der Bundesbürger sicher die Tengelmann-Billigkette Kik mit ihren mittlerweile 2239 Filialen, hofft er. Allein

im vergangenen Jahr konnte Kik, die auch mit dem Slogan „Nur nackt ist billiger“ werben, kräftig wachsen. Der Umsatz stieg um 6,5 Prozent auf 1,2 Milliarden Euro.

Während der Umsatz von Warenhäusern, Verbraucher- und Supermärkten seit 15 Jahren bei rund 87 Milliarden Euro stagniert, haben die Discounter im gleichen Zeitraum mehr als 31 Milliarden Euro auf 61,3 Milliarden Euro zugelegt. Der Marktanteil der Niedrig-Preis-Spezialisten sei dabei von 25,8 auf 41,3 Prozent angewachsen. Im vergangenen Jahr stieg allein die Zahl der Lebensmitteldiscounter dem Eurohandelsinstitut (EHI) zufolge von 14 806 auf 15 219 Filialen.



Triste Läden, billige Waren: Weil immer mehr Deutsche immer weniger Geld in den Taschen haben, profitieren die Discounter. Foto: dpa